

Grüne Familienpolitik für Familien von heute und morgen

Autorenpapier von Renate Künast, Krista Sager, Ekin Deligöz, Kai Gehring, Katrin Göring-Eckardt, Britta Haßelmann, Priska Hinz, Brigitte Pothmer, Elisabeth Scharfenberg, Christine Scheel, Irmgard Schewe-Gerigk

10. Januar 2007

1. Familie in ihrer Vielfalt unterstützen

Familie im 21. Jahrhundert ist anders. Um sie zu unterstützen, brauchen wir einen Paradigmenwechsel in vielen Politikbereichen – beim konsequenten Ausbau familienunterstützender Infrastruktur, bei der Entwicklung neuer Lebensphasenpolitik und Arbeitszeitmodelle bis hin zu grundlegenden Reformen in der Steuer- und Sozialpolitik.

Lebensformen haben sich in den vergangenen Jahrzehnten stark verändert. Neben der Familie mit zwei verheirateten leiblichen Eltern haben vielfältige weitere Formen des Zusammenhalts und miteinander Lebens an Bedeutung gewonnen. Diese reichen von nichtehelichen Lebensgemeinschaften, Ein-Eltern- oder Patchwork-Familien, gleichgeschlechtlichen Partnerschaften bis hin zu familiären Netzwerken, die über Generationengrenzen hinweg auch Menschen ohne verwandtschaftliche Bindung einschließen. Gleichzeitig hat sich auch das Zusammenleben in der Gesellschaft verändert und die Arbeitswelt ist geprägt von Flexibilisierung und unsteten Erwerbsverläufen.

Mit dieser Veränderung der Realität von Familien ist jahrzehntelang keine entsprechend grundsätzliche Veränderung der Familienpolitik einhergegangen.

Konservative Politiker in Deutschland haben sich lange geweigert, diese Lebensrealitäten anzuerkennen und die neuen Formen von Familie zu unterstützen. Der immense Nachholbedarf, den Deutschland heute bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf hat, erklärt sich auch aus dieser Verweigerungshaltung. Um den Interessen derer endlich Gehör zu verschaffen, die nicht ins klassische Familienbild passen, hat grüne Politik sich zuerst vornehmlich auf die Interessen von Kindern und Frauen fokussiert. Geschlechtergerechtigkeit ist ein zentrales Element grüner Familienpolitik. Wir haben uns deshalb immer für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Mütter und Väter und für eine eigenständige Existenzsicherung für Frauen eingesetzt. Wir haben als längst überfällige Botschaft formuliert: Familie ist, wo Kinder sind, und damit Anerkennung für die Vielfalt familiärer Lebensformen eingefordert. Wir ergänzen unsere Politik für starke Familien durch eine Politik, die Kindern eigenständige Rechte einräumt, sie gezielt fördert und schützt, wo Familien dies nicht leisten. Wir betonen seit langem die Notwendigkeit ausreichender Betreuungs- und Bildungsangebote für Kinder.

In der Zeit der rot-grünen Regierung haben wir in vielen zentralen Bereichen wichtige Schritte getan: vom Ausbau des Familienlastenausgleichs über die Stärkung der Kinderrechte und die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Auf dieser Klausur wollen wir uns jetzt mit dem grünen Familienbegriff beschäftigen und eine grüne Familienpolitik entwickeln, die den Ansprüchen der Familien von heute und morgen gerecht wird.

Traditionellen und neueren Formen von Familie ist gemeinsam, dass Menschen verbindlich Verantwortung füreinander übernehmen wollen. Das ist ein Wert an sich. In der Familie können Verantwortung und Solidarität gelernt und erlebt werden. Hier können Kinder und Jugendliche auf eine alltägliche Weise begreifen, was Werte sind, und bekommen das Vertrauen, das sie unterstützt, um ihren Lebensweg zu meistern. In Familien bestehen Bindungen über Generationen hinweg - erwachsene Kinder kümmern sich um ihre alten Eltern, Großeltern um ihre Enkel. Familien sind auch soziale Auffangnetze, in denen sich Menschen gegenseitig unterstützen – gerade in schwierigen Lebenssituationen. Zusammenhalt, Zuwendung und Verlässlichkeit sind solidarische „Anker“ in einer zunehmend individualisierten, flexibilisierten und globalisierten (Alltags-) Welt. Staat und Gesellschaft

sind aufgerufen, Familien bestmöglich zu unterstützen, nicht nur, aber auch wegen ihrer Leistungen für das Gemeinwohl. Wir Grüne wollen, dass diese Potenziale von Familien anerkannt und konsequent gefördert werden.

Familienleben ist begründet aus einem Wunsch nach Zusammengehörigkeit, dennoch wollen die einzelnen Familienmitglieder auch ein selbst bestimmtes Leben führen können. In diesem Spannungsfeld muss sich Familienpolitik bewegen. Bündnis90/Die Grünen setzen deshalb auch auf Selbstbestimmung. Wir wollen den Menschen nicht vorschreiben, wie sie zu leben haben. Staatliche Förderpolitik darf nicht einseitig ein bestimmtes Modell des Lebens mit Kindern fördern. Es kann ebenso wenig darum gehen, Menschen, die gewollt oder ungewollt kinderlos sind, zu diskriminieren. Erst recht weisen wir die immer wieder aufkommenden Schuldzuweisungen an Frauen für die niedrige Geburtenrate zurück. Anstatt unterschiedliche Lebensentwürfe gegeneinander auszuspielen, würdigen wir deren soziale Integrationsleistung.

Wir setzen uns für eine erweiterte Definition des Familienbegriffs ein, der auf Verantwortungsübernahme beruht und Wahlfreiheit ermöglicht. Wir respektieren alle selbst gewählten Familien- und Lebensformen. Wir wollen die Vielfalt bestehender Lebensentwürfe anerkennen und das Übernehmen von Verantwortung gezielt fördern statt einseitig tradierten Rollenbildern anzuhängen.

Ein solcher Ansatz schließt **erstens** eine besondere Verantwortung dafür ein, wie Kinder aufwachsen und welche Entwicklungschancen sie haben. Kindern gebührt ein besonderer Schutz der Gesellschaft, wobei verwandtschaftliche Bindungen und soziale Netzwerke für das Kindeswohl von größter Bedeutung sind. Dazu gehört, die zunehmende Bedeutung familiärer Netzwerke zu stärken.

Der demografische Wandel erfordert **zweitens** einen neuen Blick und neue Konzepte auch in der Familienpolitik. Immer mehr ältere Menschen werden mit immer weniger jungen Menschen zusammenleben. Wenn in der Familie Verantwortung übernommen wird für alte, pflegebedürftige oder kranke Menschen, wollen wir dies bestmöglich unterstützen. Vieles, was an staatlichen Rahmenbedingungen für Familien mit Kindern heute zumindest selbstverständlich diskutiert wird, fehlt ganz grundsätzlich, wenn es um Pflege von Angehörigen geht: Wir brauchen unterstützende Strukturen, wie den Ausbau von Tagespflegeangeboten oder die Stärkung der ambulanten Pflege. Hier besteht dringender Handlungsbedarf.

Auch das Miteinander von Jung und Alt wird sich verändern. Ein großer Teil der Bevölkerung lebt über lange Zeiträume freiwillig oder unfreiwillig allein oder ohne Kinder. Gerade im demografischen Wandel gewinnen nahe und verlässliche Beziehungen über Kernfamilie und Verwandtschaft hinaus an Wichtigkeit. Solche Netze und Formen intergenerationalen Zusammenlebens bieten Rückhalt im Alltag, aber besonders in Notsituationen, wie Krankheit und Pflegebedürftigkeit. Sie sind kein Ersatz für professionelle Strukturen, sondern setzen diese zwingend voraus, soll es nicht zu einer Überlastung, sondern zu einer Stärkung privater und zivilgesellschaftlicher Netzwerke kommen. Das Soziale in einer Gesellschaft kann nicht einfach an den Staat delegiert werden, sondern basiert wesentlich auf der Beziehung zwischen Menschen. Die staatliche Vorsorge für eine leistungsstarke professionelle Infrastruktur kann aber genau so wenig durch das Private oder die Zivilgesellschaft ersetzt werden.

Die steigenden Anforderungen der Arbeitswelt, was Mobilität und Flexibilität angeht, stellt die Familienpolitik vor neue Aufgaben. Der Ausbau von Betreuungsinfrastruktur muss den erhöhten Anforderungen gerecht werden. Genauso wichtig ist es, durch ein familienfreundliches Klima in Unternehmen und eine neue Lebensphasenpolitik dafür zu sorgen, dass ausreichend Zeit für Familie neben der Erwerbstätigkeit bleibt.

Der internationale Vergleich zeigt: Mit einer modernen Familienpolitik entscheiden sich mehr Menschen für Kinder. Viele junge Frauen und Männer möchten durchaus Kinder haben, sehen sich aber vor Hindernisse gestellt. Vor allem die Verwirklichung eines partnerschaftlichen egalitären Familienmodells, das von der Mehrheit der jungen Menschen gewünscht wird, ist in Deutschland nach wie vor schwer. Junge Mütter wollen berufstätig sein und eine eigenständige Existenzsicherung aufbauen. Junge Männer werden viel zu oft durch das antiquierte Rollenmuster des "Alleinernährers auf Lebenszeit" daran gehindert, mehr Verantwortung für Kindererziehung und Familienzeit zu übernehmen. Immer noch sind es aber zumeist Frauen, die einen großen Teil der privaten Erziehungs- und Pflegeleistungen erbringen und dafür, trotz guter Ausbildung und beruflicher Qualifikation, ganz oder teilweise aus dem Beruf aussteigen. Die eklatante Infrastrukturschwäche von der Kinderbetreuung bis zur Verankerung von Wohn- und Hilfsangeboten für ältere Menschen und die vorhandenen Fehlanreize im Steuer- und Sozialsystem befördern die Ausgrenzung von Frauen aus dem Arbeitsmarkt. Sie befördern auch ihre finanzielle Abhängigkeit vom Partner oder von staatlichen Transfers. Gerade für das Gelingen von

Solidarität und füreinander Einstehen ist es wichtig, dass die Menschen die Verantwortung auch schultern können und ihre eigene Existenz- und Alterssicherung nicht in Frage stellen müssen.

Zudem wird eine stärkere Erwerbsintegration von Frauen aber auch aus demografie- und beschäftigungspolitischer Sicht immer dringlicher. Es ist für Eltern insgesamt, aber auch für Väter schwer, im Beruf eine moderne familiengerechte Zeitpolitik und die Anerkennung von Familienarbeit einzufordern. In vielen Unternehmen wird noch von der vollständigen Verfügbarkeit der männlichen Arbeitnehmer ausgegangen und gleichzeitig erwartet, dass die jungen Frauen doch irgendwann zu Hause bleiben. Auch hier beweisen andere Länder und einzelne Unternehmen, dass es auch anders geht.

Grüne Familienpolitik

- anerkennt die Vielfalt der Familienformen
- baut Infrastruktur aus, die Familien unterstützt
- setzt auf zielgenaue und bedarfsgerechte finanzielle Unterstützung
- engagiert sich für eine neue Zeit- und Lebensphasenpolitik
- setzt auf Geschlechtergerechtigkeit
- will eine Arbeitswelt, die Zeit für Familie und Verantwortung schafft

2. Kritik

Die gesellschaftliche Realität hat sich einschneidend verändert, schon deshalb muss Familienpolitik auf den Prüfstand, damit sie den aktuellen Bedürfnissen von Familien gerecht wird. Vor dem Hintergrund von Herausforderungen wie dem demografischen Wandel, der Wandlung zur Wissensgesellschaft, der Gestaltung von Migration und Integration, den sozial-ökonomischen Umwälzungen sowie der Vielfalt der Kulturen und Lebensweisen gilt es, neue Konzepte zu entwickeln, die für die Bedingungen des 21. Jahrhunderts taugen.

Deutsche Familienpolitik - ein überholtes Modell

Im 7. Familienbericht der Bundesregierung wird festgestellt, dass in Deutschland „trotz propagierter Wahlfreiheit ein Festhalten am Familienmodell der 60er Jahre“ stattgefunden hat. Diese Ausrichtung deutscher Familienpolitik hat zu einer Vernachlässigung der Betreuungs- und Bildungsinfrastruktur und familienunterstützender Dienstleistungen und Netzwerke geführt.

Der Familienbericht legt sein Hauptaugenmerk außerdem auf die Veränderungen in den Lebensläufen, auf die die Familienpolitik in Deutschland bisher keine ausreichenden Antworten gefunden hat. Die statische Abfolge von Ausbildung, Arbeit und Ruhestand wird heute immer weniger gelebt, aber vom Staat in vielen Bereichen noch vorausgesetzt. Dies erschwert sowohl die Familiengründung, als auch das Familienleben im Alltag – weil schlicht und ergreifend die Zeit fehlt.

Noch immer werden öffentliche und private Verantwortung für Kinder und Familien allzu oft als Gegensatz begriffen. Forderungen nach einer umfangreichen Förderinfrastruktur für Kinder sowie nach mehr Familienhilfen und –beratung stoßen nach wie vor auf Vorbehalte – besonders wenn damit konkrete Finanzierungsentscheidungen verbunden sind. Das tief verwurzelte Vorurteil, dass der Ausbau öffentlich verantworteter Infrastruktur zu einer vermeintlich unzulässigen staatlichen Einmischung in die private Familiensphäre führt, ist ein wesentliches Hindernis für einen familienpolitischen Aufbruch. Dabei ist längst klar, dass Familie als zentraler Ort von Erziehung, Bildung und sozialer Zuwendung nicht alles leisten kann und muss.

Viel Transfer, aber zu schwache Infrastruktur

Die zahlreichen finanziellen familienpolitischen Instrumente sind wenig zielgenau und mangelhaft aufeinander abgestimmt, teilweise widersprüchlich und intransparent. Im Hinblick auf Bildung, Teilhabechancen und Armutsprävention, Integration von Kindern mit Migrationshintergrund, Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Realisierung von Kinderwünschen oder auch Gleichstellung von Frauen und Männern in Beruf und Familie ist die Familienpolitik hierzulande trotz hoher Transferleistungen nicht erfolgreich.

Gerade der Zusammenhang zwischen einer guten Betreuungsinfrastruktur und späterem Bildungserfolg wird nach wie vor unterschätzt. Die bisher vorherrschende Struktur von Halbtagsbetreuung und Halbtagschulen orientiert sich an einem traditionellen Familienbild, in dem die Kinder nachmittags in der Familie betreut und gefördert werden. Noch immer fehlen Betreuungsplätze für unter Dreijährige, Ganztagskitaplätze und Ganztagschulen. Zudem weisen vorhandene Angebote oft nicht die nötige Qualität für eine erfolgreiche individuelle Förderung von Anfang an auf. Dies trifft diejenigen am stärksten, die auf eine gute Infrastruktur am meisten angewiesen sind und am meisten von ihr profitieren könnten. So hängen die Startchancen der Kinder in Deutschland in besonderem Maße von den Ressourcen und Möglichkeiten der jeweiligen Herkunftsfamilie ab.

Zu wenig Unterstützung für pflegende Angehörige

Heute werden 70 Prozent aller Pflegebedürftigen zuhause betreut, zumeist von Frauen, die dafür oft ihren Beruf aufgeben oder einschränken. Die Pflegenden erfahren, gemessen an ihren Leistungen, nur ein geringes gesellschaftliches und politisches Interesse. Ihnen wird zu wenig Unterstützung für die belastende Arbeit zuteil - in Form von Pflegeinfrastruktur, entlastenden sowie begleitenden und beratenden Dienstleistungen und individuellen Hilfen. Das führt in vielen Fällen zu Gefühlen gesellschaftlicher Ausgrenzung, zu Isolation und Überforderung. In der Folge einer solchen Belastungskette leidet vielfach die seelische und körperliche Gesundheit der pflegenden Angehörigen und nicht selten zerbrechen familiäre Hilfe- und Beziehungssysteme.

Uns Grüne leitet ein ganzheitliches Pflegeverständnis. Wir wollen Lösungen ermöglichen, die die psychischen, körperlichen und sozialen Bedürfnisse der Pflegebedürftigen und ihrer Familie berücksichtigen. Wir streben außerdem an, dass die Last der ehrenamtlichen Pflege zukünftig weniger einseitig bei den Frauen liegt, sondern auch Männer diese Verantwortung übernehmen. Um die Organisation und Durchführung häuslicher Pflege zu vereinfachen und zu unterstützen, benötigen wir eine Pflegereform, die ihre Strukturen konsequent an den Bedarfslagen und Bedürfnissen der Pflegebedürftigen und ihrer Bezugspersonen ausrichtet.

Kinder in Armut

Die bisherige nicht zielgenaue, aber transferlastige Politik konnte materielle, soziale und kulturelle Armut gerade von Kindern nicht verhindern. Trotz eines Transferaufwands von rund 184 Milliarden € für Ehe und Familien werden mehr und mehr Kinder und Jugendliche ohne Teilhabechancen und Zukunftsperspektiven ins soziale Abseits gedrängt.

Nicht Familien an sich sind überproportional armutsgefährdet. Besonders die Schwierigkeit, Beruf und Familie zu vereinbaren, verschärft das Armutsrisiko. Das zeigt sich am deutlichsten bei Alleinerziehenden, die das höchste Risiko haben, von Armut betroffen zu sein. Aber auch das Armutsrisiko für Familien mit bildungsfernen, gering qualifizierten Eltern ist hoch. Hier potenzieren sich oftmals die verschiedenen Dimensionen von Armut. Gerade dieses häufige Zusammengehen von materieller Armut mit Bildungsarmut ist besonders besorgniserregend. Investitionen in eine hochwertige Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur sind langfristig die beste Armutsprävention. Investitionen in die frühe Förderung weisen aber auch das beste Kosten-Nutzen-Verhältnis auf. Alle späteren Ausgaben für Bildung oder Sozialtransfers sind viel teurer und weniger effektiv.

Große Koalition ohne neues Konzept

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, welche familienpolitische Gesamtstrategie die Große Koalition für die nächsten Jahre anvisiert. Bislang ist eine überzeugende Konzeption nicht auszumachen. Gerade den ersten beiden Hauptprojekten, der Erhöhung der steuerlichen Absetzbarkeit von Betreuungskosten und dem Elterngeld fehlt es erkennbar an familienpolitischer Stringenz.

Das neue Elterngeld kann zwar dazu beitragen, die Zeit von der Geburt eines Kindes bis zum Wiedereinstieg in die Erwerbsarbeit materiell zu überbrücken. Ohne anschließende Kinderbetreuung läuft diese Maßnahme aber offenkundig ins Leere. Der zweite Schritt wurde hier vor dem ersten in Angriff genommen. Bei der Erhöhung der steuerlichen Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten wurden die Familientransfers um rund 460 Millionen € erhöht. Dies geht aber an einem Drittel der Familien völlig vorbei, da sie über kein oder nur ein geringes zu versteuerndes Einkommen verfügen.

Gleichzeitig konzentriert sich die Koalition derzeit auf die Forderung nach beitragsfreier Kinderbetreuung, eine Maßnahme von der Eltern mit hohem Einkommen und mit hohen Beiträgen wieder stärker profitieren

als ärmere Eltern. Das Kernproblem fehlender Betreuungsangebote mit guter Qualität und individueller Förderung bleibt unangetastet.

Das Grundmuster ist das Gleiche: Geldtransfers werden ausgebaut, die Investitionen in die Infrastruktur von denen alle profitieren würden, bleiben auf der Strecke. Nach einem Jahr großer Koalition und zwei Jahre nach Einführung des Tagesbetreuungsausbaugesetzes zeigt sich: Die Regierung geht an den Hauptproblemen der Kinder und Eltern in Deutschland vorbei. Eine gerechte Umschichtung von Transfers in die Infrastruktur und damit eine Förderung, die alle Kinder tatsächlich erreicht, wird nicht in Angriff genommen.

Das Ehegattensplitting als Instrument zur Förderung des klassischen Familienmodells will insbesondere die CDU/CSU im Kern beibehalten. Mit der Tabuisierung des Ehegattensplittings wird die Politik der Privilegierung der AlleinverdienerInnen, unabhängig davon ob Kinder da sind, fortgesetzt. Vor diesem Hintergrund sind auch Vorschläge, das Ehegattensplitting zum Familiensplitting zu erweitern, abzulehnen. So würden beispielsweise beim „französischen Splitting“ nur Familien mit sehr hohem Einkommen und drei oder mehr Kindern bei dieser Reformvariante steuerlich stärker entlastet als im derzeitigen Familienlastenausgleich. Die Transferlastigkeit und Infrastrukturschwäche des deutschen Systems würde also zugunsten sehr gut situerter Familien verstärkt und die Kinder - vor allem von Familien mit kleinen und mittleren Einkommen und mit ein oder zwei Kindern - weiterhin auf der Strecke bleiben.

3. Konsequenzen

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen will die Familienpolitik so weiterentwickeln, dass sie die Lebensweisen von heute unterstützt und die Übernahme von Verantwortung in Erziehung oder Pflege strukturell fördert.

Dies ist keine Politik, die einseitig auf Transferleistungen insbesondere für Familien mit Trauschein oder hohem Einkommen setzt; sondern eine Politik des Ausbaus von guter Infrastruktur.

Dies ist eine Politik, die die Familien, Frauen und Männer, dabei unterstützt, Kinder, Sorgearbeit für ältere Angehörige, Weiterqualifizierung und Beruf miteinander zu verbinden.

Eine grüne Familienpolitik bedeutet, dass von Erziehung und Bildung, über Pflege bis zur Arbeitszeitgestaltung und Steuerpolitik alle gesellschaftlichen und politischen Bereiche neu ausgerichtet werden müssen.

Für verschiedene Bereiche haben die Grünen bereits Konzepte erarbeitet und dem Bundestag vorgelegt; andere befinden sich noch in der Diskussion und werden unsere Arbeitsaufträge: Mit diesem Papier wollen wir unseren politischen Ansatz aufzeigen und die Debatte in der Gesellschaft anregen. Es reicht nicht aus, an einzelnen Stellen kosmetische Reparaturen vorzunehmen, es braucht einen Paradigmenwechsel. Familie im 21. Jahrhundert ist anders. Sie zu unterstützen ist die Aufgabe.

3.1. Kinder konsequent fördern

Kinderbetreuungskarte statt Ehegattensplitting

Zunächst besteht die vordringlichste Aufgabe darin, ausreichend Betreuungsplätze - vor allem für unter Dreijährige - zu schaffen und *allen* eine exzellente Förderung und Bildung zu gewährleisten. Durch die Umwandlung des Ehegattensplittings in eine Individualbesteuerung mit übertragbarem Höchstbetrag setzen wir Mittel in Höhe von rund fünf Milliarden € frei.

Damit lässt sich unser Konzept einer Kinderbetreuungskarte ermöglichen. Die finanziellen Anteile des Bundes aus der Abschaffung des Ehegattensplittings fließen mit der Kinderbetreuungskarte über die Eltern in die öffentliche Betreuung für unter Dreijährige, während die Kommunen ausreichend Mittel für diesen Bereich erhalten. Die Länder sollen ihren Anteil entsprechend der regionalen Bedarfe, in Ganztagsplätzen im Kindergarten *oder* in Qualitätsverbesserungen fließen lassen.

Erst Rechtsanspruch, später Beitragsfreiheit

Sowohl das zahlenmäßige Angebot als auch die Qualität in der Kinderbetreuung sind noch weit hinter dem Erforderlichen zurück. Nur der von uns geforderte Rechtsanspruch für Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr kann den dringend notwendigen Ausbauprozess beschleunigen. Selbstverständlich haben die Kommunen im Rahmen des Subsidiaritätsprinzips die Gestaltungshoheit über die Kinderbetreuung. Die gegenwärtige Diskussion um die Beitragsfreiheit ist aber für die meisten Städte und

Gemeinden deutlich verfrüht und lenkt davon ab, dass es nicht genügend Betreuungsangebote mit qualitativ hochwertigem Angebot gibt. Tatsächlich besuchen nahezu alle Kinder das letzte KiTa-Jahr.

Eine flächendeckende Gebührenfreiheit ist zwar mittelfristig wünschenswert. Sie würde aber derzeit vor allem Eltern mit höheren Einkommen entlasten, da gering verdienende und arme Eltern von KiTa-Beiträgen in der Regel befreit sind. Es sollte überall sichergestellt sein, dass Familien im ALG II-Bezug keine Kostenbeiträge und Essensbeiträge entrichten. Viele Kinder gerade aus ärmeren Familien haben aber gar keinen Anspruch auf einen Krippen- oder Ganztagsplatz, weil dieser oft an die Berufstätigkeit beider Eltern gebunden ist. Das wollen wir ändern. Vor diesem Hintergrund lehnen wir auch die Forderung nach einer Kindergartenpflicht ab. Das Nebeneinander von Mangelverwaltung und Zwangsregeln macht keinen Sinn. Neben den Aspekten der Durchsetzbarkeit und pädagogischen Sinnhaftigkeit spricht besonders die Tatsache dagegen, dass längst nicht alle Maßnahmen zur Überzeugung und Gewinnung der Eltern ausgeschöpft sind. Andere Länder erreichen sehr viel mehr Familien durch eine gute Angebots- und Werbepolitik und ohne Zwang.

Kitaqualität verbessern

Eine Schlüsselfunktion für die frühkindliche Bildung nimmt das Personal in der Kindertagesbetreuung ein. Die Erzieherinnen und Erzieher leisten schon heute anspruchsvolle Arbeit, stehen aber vor wachsenden Ansprüchen hinsichtlich der frühkindlichen Bildungsansprüche. Deshalb ist unser Ziel, dass ein Gutteil der pädagogischen Fachkräfte auf (Fach)Hochschulniveau ausgebildet wird, so dass langfristig ein Personalmix erreicht wird. Entschlossener als bisher müssen auch Tagespflegekräfte eine umfassendere Grund- und Weiterqualifizierung erhalten.

Familienbildung und Jugendhilfe stärken

Betreuungsangebote und –strukturen sollten möglichst zu Eltern-Kind-Zentren ausgebaut werden, denn eine unterstützende Infrastruktur darf nicht auf Kinderbetreuung und Schule begrenzt sein. Dabei geht es neben einer optimierten Kinderförderung um Angebote an die Familien und in den sozialen Nahraum. Es bedarf einer Stärkung der Familienberatung und -bildung sowie vielfältiger Erziehungshilfen. Hier ist die gesamte Kinder- und Jugendhilfe gefragt. Die Realität sieht leider anders aus; in zahlreichen Bundesländern arbeitet die Jugendhilfe oftmals aufgrund massiver Kürzungen längst am Rande ihrer Leistungsfähigkeit.

Wahrnehmbar werden diese Überforderungen zumeist erst anhand dramatischer Sachverhalte wie Fällen von Kindesvernachlässigung. In diesen Fällen werden allseits umfängliche sozialpädagogische Interventionen gefordert. Die notwendige Stärkung der Jugendhilfestrukturen samt Vernetzung mit anderen Berufsgruppen und Hilfsangeboten bleibt in der Praxis dann meist aus.

Kinderrechte stärken

Wir wollen eine explizite Aufnahme der Rechte von Kindern in das Grundgesetz. Kinderrechte mit Verfassungsrang auszustatten, das bedeutet, die Rechte von Kindern gegenüber der staatlichen Gemeinschaft zu stärken und Eltern mit der Erziehungsaufgabe nicht mehr allein zu lassen. Kinder haben ein Recht auf bestmögliche individuelle Förderung und auf Entwicklung ihrer Persönlichkeit. Erziehung, Bildung und Betreuung von Kindern und deren unversehrtes Aufwachsen sind untrennbar und fallen eben auch in die öffentliche und gesellschaftliche Verantwortung.

3.2. Geschlechtergerechtigkeit mitdenken

Grüne Familienpolitik ist ohne Geschlechtergerechtigkeit nicht denkbar. Wir wünschen uns Familien, in denen Eltern den Kindern ein gleichberechtigtes Zusammenleben vorleben.

Politik für Familien orientiert sich in Deutschland bis heute zu sehr am Modell der „Alleinernährerehe“, in dem klassische Rollenverteilung und die damit einhergehende finanzielle Abhängigkeit des einen Partners vom anderen gefördert wird. Hier wollen wir konsequent umsteuern hin zu einer eigenständigen Existenzsicherung. Ein Konzept für eine Individualbesteuerung mit übertragbarem Höchstbetrag statt Ehegattensplitting haben wir bereits vorgelegt.

Frauen wollen materiell unabhängig sein – sie wissen, dass die Aufgabe der Erwerbstätigkeit das Risiko eines niedrigen Erwerbsstatus, niedrigen Einkommens und Altersarmut bedeutet. Sie verfügen oft über gute Ausbildungen und wollen erwerbstätig sein. Wir haben deshalb zahlreiche Vorschläge für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf vorgelegt. Das Interesse der Väter an einer aktiveren Beteiligung an der Kindererziehung ist in den letzten Jahren gestiegen. Dies wollen wir weiter befördern.

3.3 Materielle Leistungen zielgenau ausrichten

Familien benötigen ausreichende materielle Unterstützung und Anerkennung. Gerade in Zeiten knapper Haushalte muss dazu aber auch sichergestellt sein, dass Transferleistungen stärker als bisher effizient eingesetzt werden. Das leistet die bisherige Familienförderung nicht.

Gerade für bedürftige Familien sind die bisherigen finanziellen Maßnahmen unzureichend. Die Regelleistungen im SGB II und SGB XII bedürfen einer grundsätzlichen Überprüfung und müssen endlich transparent und angemessen bemessen werden. Wenig nachvollziehbar und zu Recht umstritten ist die prozentuale Ableitung der Kinder-Regelsätze aus den Eckregelsätzen für Erwachsene. Eine am Kindeswohl orientierte Sozialpolitik verlangt auch eine eigenständige Ermittlung des finanziellen Mindestbedarfs für das sächliche Existenzminimum.

Auch die materielle Schlechterstellung von Kindern im Alter von über sieben Jahren im Vergleich zur alten Sozialhilfe muss rückgängig gemacht werden. Der im Ansatz richtige Kinderzuschlag muss zu einem effizienten Instrument weiterentwickelt werden.

3.4. Pflege an den Bedürfnissen der Menschen ausrichten

Die familiären Strukturen, Formen des Zusammenlebens und die Anforderungen der Erwerbstätigkeit wandeln sich radikal. Immer mehr Menschen brauchen individuelle Lösungen, die die existierende Pflegeversicherung nicht bedienen kann. Deshalb ist eine grundlegende Reform der Pflegeversicherung dringend notwendig.

Pflegeinfrastruktur ausbauen

Um den Bedürfnissen der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen Rechnung zu tragen, brauchen wir die konsequente Stärkung der ambulanten vor der stationären Pflege. Wohn- und Pflegeformen, die den Bedürfnissen nach Individualität und Vertrautheit Rechnung tragen, müssen ausgebaut werden. Das Angebot an Tages-, Nacht- und Kurzzeitpflegeplätzen muss weiter verbessert werden. Neben dem Ausbau der Tagespflgehäuser braucht es die Entwicklung weiterer unterstützender Angebote. Es entstehen immer mehr Bedürfnislagen, die im Standardverfahren nicht zu bedienen sind. Die wachsende Zahl der allein Lebenden, Demenzkranken oder Erwachsenen, die ihre Eltern pflegen, muss bei der Pflegefinanzierung und der Pflegeinfrastruktur berücksichtigt werden. Ebenso wollen wir Sterbende und ihre Angehörigen durch medizinische und therapeutische und seelsorgerische Begleitung unterstützen.

Ambulante Pflege finanziell besser stellen

Wir fordern die Veränderung der ambulanten und stationären Leistungssätze. Das würde notwendige Impulse gegenüber den Pflegekassen, Sozialhilfeträgern und Leistungserbringern setzen, die Versorgung stärker ambulant auszurichten. Eine verbesserte ambulante Pflegeinfrastruktur würde dazu führen, dass mehr Menschen der Pflegestufe I und II, die heute stationär gepflegt werden, künftig länger zu Hause oder in alternativen Wohnformen versorgt werden können.

Alternative Wohnformen unterstützen

Die starre Zweiteilung zwischen häuslicher Pflege in der angestammten Wohnung und stationärer Pflege in einem Pflegeheim ist überkommen. 90 Prozent aller Befragten wollen dauerhaft in der eigenen Wohnung leben und dort gepflegt werden. Neue und zusätzliche Wohn- und Hilfeangebote für pflegebedürftige und ältere Menschen werden gebraucht und Stadtplanung und Pflegeplanung müssen künftig darauf ausgerichtet sein, solche Modelle auszubauen und zu fördern.

Pflegende Angehörige unterstützen

Pflegende Angehörige brauchen verlässliche Unterstützung. Ein individuelles Case-Management als professionelle Begleitung und Beratung sollte deshalb als flächendeckendes Regelangebot der Pflegeversicherung ausgebaut werden. Des Weiteren bedarf es der Entwicklung von Möglichkeiten, Pflege und Beruf für Männer und Frauen besser vereinbar zu machen.

4. Weitere Perspektiven: Arbeitsaufträge für die Fraktion

Wir werden uns auch jenseits der schon erarbeiteten Konzepte neuen familienpolitischen Projekten widmen, wo noch eklatante Lücken bestehen. Ein besonderes Augenmerk muss dabei auf die Zeitpolitik

für Familien, die Unterstützung von Familien in prekären Verhältnissen, der steuer- und sozialrechtlichen Behandlung von Familien, sowie Überlegungen zur Einführung einer Kinderkasse gelegt werden.

4.1. Für eine neue Lebenslaufpolitik: Zeit statt rush-hour

Familie braucht Zeit, um zu gelingen. Die heute bei uns vorherrschenden Formen von Wirtschaft, Arbeit und Ausbildung sind gegenüber den Zeitbelangen von Familien blind. Damit Familienmitglieder in verschiedenen Phasen füreinander da sein können, ist eine neue Zeitpolitik notwendig.

Die starre Dreiteilung der Lebensläufe in „Lern-, Arbeits- und Ruhephase“ wird den veränderten Lebensrealitäten nicht länger gerecht. Immer mehr Menschen zwischen 25 und 35 Jahren müssen in der sogenannte rush-hour des Lebens ihre Ausbildung oder ihr Studium abschließen, einen beruflichen Einstieg schaffen und eine Entscheidung für eine Familiengründung treffen. Innerhalb dieses relativ kurzen Zeitfensters sind zentrale private und berufliche Weichenstellungen verdichtet. Diese rush-hour ist keine von den jungen Erwachsenen selbst gewählte Form der Lebensführung, sondern vor allem Ergebnis staatlichen Handelns der vergangenen Jahrzehnte.

Die Zeitbedarfe des Einzelnen und für Familien wandeln sich im Lebenslauf: Vor allem junge Erwachsene und Erwerbstätige sehen sich einer Beschleunigung und Verdichtung gegenüber. Daher muss Familien(zeit)politik verstärkt alle Generationen in den Blick nehmen. Während sich in frühen Jahren Entscheidungen zur beruflichen Laufbahn, Karriere und Familie ballen, wird in späteren Jahren freimütig auf Erfahrungswissen und zeitliche Flexibilität verzichtet, obwohl ältere Beschäftigte heute im Durchschnitt gesünder und leistungsfähiger sind als Gleichaltrige in früheren Jahren.

Als Konsequenz aus diesen Entwicklungen müssen wir ein verändertes Lebenslaufmodell zur Grundlage von Entscheidungen in der Sozial-, Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik machen.

Nur eine neue Lebenslaufpolitik kann dazu beitragen, Arbeits-, (Aus-)bildungs- und Familienzeit angemessen zu verteilen und zu entzerren.

Ausbildungsphasen und Familiengründung dürfen sich nicht ausschließen. Dazu benötigen wir u.a. familienfreundliche Hochschulen und Unternehmen, Lernorte und flexible Weiterbildungsangebote. Veränderte Ausbildungs-, Hochschul- und Weiterbildungszugänge, die Modularisierung von Bildungsangeboten und Optionszeiten für Aus- und Weiterbildung sind Handlungsfelder für eine neue Zeitpolitik.

Die Übergänge zwischen Phasen der Fürsorge für Kinder und Ältere sowie Zeiten von Bildung und Berufstätigkeit wollen wir erleichtern.

Wir wollen in diesem Jahr Vorschläge entwickeln, die es Männern und Frauen gleichermaßen ermöglichen, die erforderliche Organisation von Eltern- und Familienarbeit, von Pflegeaufgaben sowie von Bildungs- und Weiterbildungsphasen mit der Erwerbstätigkeit zu verbinden. Hierbei müssen verschiedene Herangehensweisen geprüft werden. Inwieweit soll und kann eigenverantwortlich für Auszeiten vorgesorgt werden (Zeitansparmodelle)? Welche Verpflichtungen sollen den Arbeitgebern auferlegt werden?

Welche Formen von Auszeiten soll der Staat aktiv fördern? Sollen Auszeiten für bestimmte Zwecke vorbehalten sein (z.B. Pflegezeit) oder soll es für Auszeiten Wahlmöglichkeiten geben z.B. zwischen Erziehung, Pflege, Weiterbildung (Optionszeiten)?

Zeit für „Care“-Aufgaben, Bildung und Erwerbstätigkeit brauchen arbeitsrechtliche Regelungen. Diese müssen Aspekte wie zeitlich begrenzte Arbeitszeitreduzierungen oder Auszeiten, Rückkehrrechte, staatliche Unterstützung zum Lebensunterhalt und Kündigungsschutz berücksichtigen.

4.2. Grüne Familienpolitik erfordert Prioritätensetzung

Familien werden derzeit durch eine Vielzahl von staatlichen Leistungen gefördert. Diese sollen Belastungen ausgleichen und die Leistungen der Familien für die Gesellschaft anerkennen. Doch die rund 150 Maßnahmen mit einem Volumen von rund 184 Milliarden € sind weder transparent noch zielgenau. Eine Evaluierung der Leistungen zur Förderung von Familien ist dringend erforderlich. Eine bloße Vereinfachung und Bündelung der staatlichen Leistungen, wie sie gegenwärtig öffentlich diskutiert wird, bringt allerdings nicht die notwendigen Reformschritte.

Um die finanzielle Förderung von Familien sinnvoll zu gestalten, gilt es konsequent Schwerpunkte zu setzen. Wenig wirkungsvoll sind Instrumente, die an den Status der Ehe gekoppelt sind. Sie erschweren den Aufbau einer eigenständigen Existenzsicherung beider Eltern, die aber für die heutigen jungen Menschen besonders dringlich ist. Nicht selten sind solche Instrumente sogar mit dem Anreiz zum

langfristigen Rückzug von Frauen aus dem Erwerbsleben verbunden. An anderer Stelle hingegen fehlen Mittel, die Familien bei ihren ureigensten Fürsorgeaufgaben wie Kinderziehung oder Pflege unterstützen.

4.3. Familienförderung im Steuer- und Sozialsystem neu ausrichten Steuerrecht

Auch das Steuerrecht muss auf die Lebens- und Familienentwürfe des 21. Jahrhunderts ausgerichtet werden.

Heute fließen jedes Jahr etwa 22 Milliarden € in die Förderung der Ehe, völlig unabhängig davon, ob dort Kinder leben. Hier haben Bündnis 90/Die Grünen einen einfachen Vorschlag zur Individualbesteuerung mit übertragbarem Höchstbetrag in die öffentliche Diskussion gebracht. Unser Vorschlag vermindert die steuerlichen Privilegien der Ehe für höhere Einkommen. Die frei werdenden Steuermittel wollen wir für ein besseres Leben mit Kindern, unabhängig von der Ehe, investieren.

Nur zehn Prozent aller Kinder profitieren zusätzlich von kindbedingten Freibeträgen, weil diese aufgrund der Steuerprogression nur bei Eltern mit hohem Einkommen wirken. Folglich werden diese durch jede weitere Anhebung der Kinderfreibeträge noch stärker begünstigt. Die Ermittlung der Freibetragshöhen ist trotz des zweijährigen Existenzminimumberichts der Bundesregierung undurchsichtig, die Ermittlungsmethoden auch zur Ermittlung des sächlichen Existenzminimums sind äußerst fragwürdig. Hinzu kommt, dass die Zahlen wie z.B. der Betreuungs-, Ausbildungs- und Erziehungsbedarf von Kindern einfach „gesetzt“ sind. Die neuesten Erkenntnisse und Datengrundlagen u.a. des Statistischen Bundesamtes zur Armutsforschung werden überhaupt nicht berücksichtigt.

Die Fraktion wird daher bis Mitte des Jahres die kindbezogenen Freibeträge im Steuerrecht einer kritischen Bewertung unterziehen und eine Position erarbeiten, wie der Familienleistungsausgleich im Steuerrecht familiengerechter gestaltet werden kann und dabei freiwerdende Mittel zielorientiert für eine bessere Betreuung und frühkindliche Bildung von Kindern und Jugendlichen eingesetzt werden können.

Wir wollen eine moderne Familienförderung, damit Familie und Beruf besser miteinander vereinbar werden. Dem Staat muss jedes Kind gleich viel wert sein.

Soziale Sicherung

Auch die familienrelevanten Elemente in den sozialen Sicherungssystemen sind erheblich. Wir werfen einen kritischen Blick auf die Anreizwirkungen, die die Erwerbstätigkeit beider Ehepartner wirtschaftlich wenig attraktiv machen. Dies gilt besonders für Ansprüche, die über die Ehegatten abgeleitet werden. Aus diesem Grund tritt die Fraktion dafür ein, die beitragsfreie Mitversicherung für Ehegatten, die keine Erziehungs- oder Pflegeleistungen übernehmen, in der Krankenversicherung schrittweise abzuschaffen.

Im Sozialrecht müssen Menschen im Bedarfsfall unabhängig von Partnern und der Ehe einen eigenen Zugang zu sozialer Sicherung und Unterstützung haben. Im Zuge der Arbeitsmarkt-Reformen wurde von bündnisgrüner Seite in diesem Sinne die Stärkung der Subsidiarität im Paar kritisiert. Von dieser Warte aus sind Anrechte, die Eltern für ihre Erziehungstätigkeiten erhalten und die unabhängig von der Ehe sind, absolut zeitgemäß. Mit ihnen ist der Weg einer stärkeren Individualisierung von Anrechten beschritten.

Alle sozialen Sicherungssysteme müssen aber daraufhin überprüft werden, wie weit abgeleitete Ansprüche zeitgemäß und gerechtfertigt sind und wie weit ein Anreiz für eine eigenständige Existenzsicherung besteht.

Wir arbeiten an einem Reformvorschlag im Rahmen eines Rentenmodells, das sowohl individuelle Absicherung schaffen soll, als auch Leistungen in Erwerbsarbeit und besondere Belastungen im Rahmen von Pflege und Erziehung anerkennt.

Die Fraktion wird in der ersten Jahreshälfte dezidierte Vorschläge erarbeiten, inwieweit die bestehenden Leistungsregelungen einer armutsfesten Grundsicherung – d.h. Regelsatz, Kinderzuschlag etc. – verbessert werden müssen.

Hilfen bündeln: Kinderkasse - Familienbüro - Familienlotsendienst

Die Große Koalition verknüpft die von ihr in Aussicht gestellte Reform der Familienförderung mit der Schaffung einer Familienkasse. Gerade die Union schlägt hier eine Abwicklung der zu bündelnden Leistungen durch eine Familienkasse vor, ohne dies weiter zu spezifizieren.

Bei einer großen Strukturreform sollte jedoch im Vordergrund stehen, was sich dadurch für Familien tatsächlich verbessert. Schließlich kann Bündelung oder Zentralisierung kein Selbstzweck sein.

Wir wollen weiter am Thema Kinderkasse arbeiten. Dabei wollen wir von der Frage ausgehen, ob eine gute Begleitung von Familien institutionell besser durch eine Kinderkasse oder ein Familienbüro bewerkstelligt werden kann.